



MINISTERIO
DE TRABAJO
E INMIGRACIÓN

Botschaft von Spanien Abteilung für Arbeit und Migration

AKTUELLE NACHRICHTEN AUS SPANIEN
01.-30.04.2009

Lichtensteinallee 1 · 10787 Berlin
Tel. 030-254 007 450
Fax 030-254 007 507

■ ARBEITSLOSENZAHL IM APRIL UM 39.478 GESTIEGEN

Im April wurde im Vergleich zu März ein Anstieg der Arbeitslosigkeit um 1,1 % (+39.478) verzeichnet, wodurch die Gesamtzahl der Arbeitslosen auf 3.644.880 anwuchs. Seit 1996 ist dies der höchste Stand der Arbeitslosigkeit in Spanien, jedoch fiel der Anstieg im Vergleich zum Vormonat (+123.543) und auch den neun vorangegangenen Monaten deutlich moderater aus. Andererseits ist zu berücksichtigen, dass 98.696 Stellen in außerordentlicher Form mit Mitteln des Konjunkturpakets („Plan“) neu geschaffen wurden. Auch ist davon auszugehen, dass durch die Kar- und Osterfeiertage Einstellungs- und Entlassungsentscheidungen vieler Firmen von Ende April auf Anfang Mai verschoben wurden. Daher können erst die Zahlen für die kommenden Monate eine Auskunft über den Trend auf dem Arbeitsmarkt geben. Trotz eines Rückgangs der Zahl der Sozialversicherten (-24.000) liegt die Zahl der Beschäftigten derzeit weiterhin über 18 Millionen.

Weitere Informationen: <http://www.tt.mtin.es/periodico/>

■ „PLAN E“ BRINGT ÜBER 400.000 PERSONEN IN BESCHÄFTIGUNG

In einer außerordentlichen Sitzung hat die spanische Regierung die Auswirkungen der Maßnahmen ausgewertet, die im sogenannten Plan E („Spanischer Plan zur Stimulierung von Wirtschaft und Beschäftigung“) zur Bekämpfung der Krise ergriffen worden sind und deren Gesamtvolumen sich auf über 50 Mrd. Euro (2,3 % des BIP) beläuft. Das Kabinett konnte bestätigen, dass die Mittel bei den Unternehmen, Freiberuflern, Familien, Arbeitslosen und Finanzinstituten ankommen, und hob die erfolgreiche und rasche Einrichtung des „Staatlichen Fonds für lokale Investition“ mit einem Volumen von 8 Mrd. Euro hervor. Dank dieses Fonds können die Investitionen der Gemeinden verdoppelt werden. Insgesamt 240.000 Arbeiter und Angestellte sind durch die im Rahmen des Plans E gestarteten Projekte beschäftigt, 92.000 von ihnen wurden bislang neu eingestellt. Elena Salgado, Wirtschafts- und Finanzministerin sowie Zweite Vizeregierungspräsidentin, wies darauf hin, dass neben dem Plan E auch erhebliche sozial- und finanzpolitische Maßnahmen (z.B. Steuererleichterungen) eingeleitet wurden, so dass die Regierung im laufenden Jahr insgesamt 4,9 % des BIP zur Überwindung der Krise aufbringt. Salgado erwartet, dass der „Staatliche Fonds für lokale Investition“ insgesamt 278.000 direkte und 120.000 indirekte Arbeitsplätze schaffen wird.

Weitere Informationen: <http://www.plane.gob.es/>
<http://www.la-moncloa.es/ActualidadHome/2009/060509-consejo.htm>

■ SOZIALVERSICHERUNG REGISTRIERT IM MÄRZ 18.058.122 VERSICHERTE

Im Vergleich zu Februar ging die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im März 2009 um 54.489 zurück (-6,5 % im Vergleich zu März 2008). Während ein Rückgang vor allem im Bereich des produzierenden Gewerbes (-30.678 / -1,52 %), dem Handel (-23.181 / -0,99 %) und dem Bau (-22.181 / -1,65 %) zu verzeichnen war, wuchs die Mitgliederzahl in den Bereichen Gastgewerbe (+16.116 / +1,13 %) sowie Gesundheit und soziale Dienstleistungen (+14.067 / +1,13 %). In letzterem ist die Mitgliederzahl der Sozialversicherung über die vergangenen zwölf Monate betrachtet am stärksten gewachsen (+89.415 / +7,67 %), gefolgt vom Bildungssektor (+19.290 / +2,8 %). Die Zahl der sozialversicherten Ausländer nahm im März gegenüber Februar 2009 um 1.020 auf 1.873.971 zu.

Weitere Informationen: <http://www.tt.mtin.es/periodico/>

■ SPANISCH-AFRIKANISCHER GIPFEL ZUR BEKÄMPFUNG DER ILLEGALEN EINWANDERUNG

Bei einem hochrangig besetzten Treffen zwischen Spanien und den Staaten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft CEDEAO wurde am 2. April über Schritte gegen die illegale Einwanderung aus afrikanischen Ländern nach Spanien beraten. Durch einen Fonds von zunächst 10 Millionen Euro, den das spanische Außenministerium über die spanische Agentur für Internationale Zusammenarbeit für Entwicklung den CEDEAO-Staaten zur Verfügung stellt, wird zunächst deren staatliche Institutionen Unterstützung geleistet werden. Neben einer besseren Grundversorgung für die ärmsten Bevölkerungsschichten soll anstelle der unregelmäßigen Einwanderung, von der vor allem die Kanarischen Inseln betroffen sind, auf Freizügigkeit innerhalb des CEDEAO-Raums und eine geregelte Einwanderung in europäische Länder hingewirkt werden. Besondere Bedeutung kommt einerseits der Bekämpfung von Schlepperorganisationen und Menschenhandel und andererseits dem Schutz der Rechte von Migranten und Flüchtlingen zu. Zu diesem Zweck sollen mit dem Fonds auch spanische und afrikanische NGOs unterstützt werden. Es wurde bekräftigt, dass im Hinblick auf die Zukunft ein Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Spanien und den CEDEAO-Staaten auch auf vielen anderen Gebieten von hohem Interesse ist.

Weitere Informationen: <http://www.casafrika.es/prensa>

■ ÜBERWEISUNGEN DER EINWANDERER IN IHRE HEIMATLÄNDER GEHEN UM 7,1 % ZURÜCK

Im Jahr 2008 gingen die Geldsendungen der in Spanien arbeitenden Einwanderer um 7,1 % auf 7,84 Mrd. Euro zurück. Hierfür war insbesondere der Einbruch um 20 % im vierten Quartal 2008 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal verantwortlich (-11,3 % im Vergleich zum dritten Quartal 2008). Die von der spanischen Zentralbank veröffentlichten Zahlen dokumentieren den Einfluss der Wirtschaftskrise auf den Wohlstand der Einwanderer, die in den vergangenen Monaten massiv vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen waren. Ende Februar waren 473.091 Einwanderer arbeitslos gemeldet. Seit 2002 waren die Geldsendungen in ihre Heimatländer von 2,84 Mrd. Euro bis auf die Rekordsumme von 8,45 Mrd. Euro stetig gewachsen. Die Summe der Geldsendungen von im Ausland lebenden Spaniern in ihre Heimat stieg allerdings im Jahr 2008 um 0,54 % auf 5,34 Mrd. Euro.

Weitere Informationen: <http://www.bde.es/informes/be/boleco/coy.pdf>

■ REGIERUNG LEHNT LOCKERUNG DES KÜNDIGUNGSSCHUTZES AB

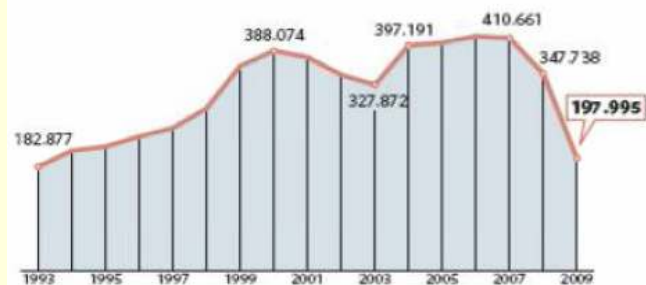
Der Minister für Arbeit und Migration, Celestino Corbacho, sieht in einer Lockerung des Kündigungsschutzes keinen Weg zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen. Demgegenüber hat der spanische Arbeitgeberverband die Einführung eines auf jeweils zwei Jahre befristeten Arbeitsvertrags und eine Abfindung bei Entlassung in Höhe des Lohns für acht Tage vorgeschlagen, mit dem Argument, dass durch eine diesbezügliche Flexibilisierung Neueinstellungen von Personal erleichtert würden. Am Rande des IX. Europäischen Beschäftigungsseminars in Gijón (22.-23.04.2009) wies Corbacho in einer Erklärung gegenüber Medienvertretern darauf hin, dass den Arbeitgebern bereits die Neueinstellung von zuvor arbeitslos gemeldeten Personen erheblich erleichtert würde, indem die auf den Arbeitgeber entfallenden Beiträge zur Sozialversicherung zu 100 % vom Staat übernommen werden. Ziel sei, im Gegenteil, die Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt einzudämmen und den Anteil der zeitlich befristeten Arbeitsverhältnissen zu senken. Somit stehe mittelfristig zunächst eine Überwindung der Ungleichbehandlung von unbefristet und befristet Beschäftigten an.

Weitere Informationen:
<http://www.tt.mtin.es/periodico/ministro/200903/MIN20090317.htm>

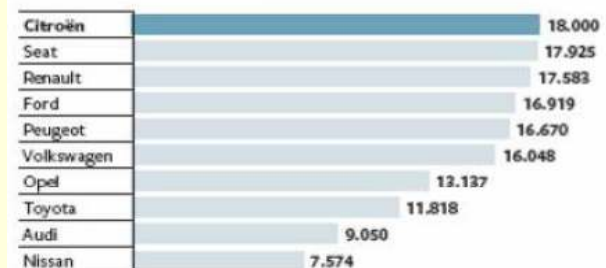
■ NEUZULASSUNGEN VON PKWS RÜCKLÄUFIG

Im März wurden in Spanien 76.503 Personenwagen zugelassen, 38,7% weniger als im März 2008. Im ersten Quartal 2009 wurden in Spanien insgesamt 197.995 Fahrzeuge verkauft, 43,1% weniger als im Vorjahreszeitraum. Dies ist der schlechteste Start der Automobilbranche ins neue Jahr seit 1993. Anzeichen hierfür gab es bereits im vierten Quartal 2008, als die Verkaufszahlen um 45 % zurückgingen. Ob durch das mit 700 Mill. Euro ausgestattete Programm VIVE, mit dem seit September 2008 die Finanzierung von Krediten für den Automobilkauf subventioniert wird, eine entscheidende Verbesserung der Lage für die Autoindustrie herbeigeführt werden kann, ist derzeit noch unklar. Angesichts des Erfolgs der in Deutschland eingeführten Abwrackprämie, die indirekt auch einigen spanischen Automobilherstellern zugute kommt, werden inzwischen von Herstellern und auch von Seiten der Gewerkschaften Forderungen laut, ein ähnliches Modell in Spanien einzuführen.

Verkaufszahlen Pkw
Januar - März. Stück



Meistverkaufte Marken



Weitere Informationen:

<http://www.mityc.es/industria/es-ES/Servicios/planvive/Paginas/planvive.aspx>

■ RÜCKGANG DER ARBEITSUNFÄLLE UM 10 %

Der Minister für Arbeit und Migration, Celestino Corbacho, teilte im Kongress der Abgeordneten mit, dass die Häufigkeit der Arbeitsunfälle pro 100.000 Arbeitnehmer 2008 im Vergleich zum Jahr 2007 um 10,3 % von 5.819 auf 5.220 zurückgegangen sei. Der Rückgang betraf sowohl leichte (-10 %), schwere (-18 %) als auch tödliche (-0,4 %) Unfälle. Nach Sektoren ging die Zahl der Arbeitsunfälle vor allem in den Dienstleistungen (-13 %), der Industrie (-17 %) und auf dem Bau (-18 %) zurück. Tödliche Unfälle wurden in 35 % der Fälle durch Infarkte, Schlaganfälle oder andere nichttraumatische Erkrankungen verursacht, gefolgt von Unfällen am Arbeitsplatz (18 %).

Nach Erkenntnissen des Europäischen Instituts für Gesundheit und Soziale Wohlfahrt (Madrid), einer privaten Forschungseinrichtung, sterben in Spanien jedes Jahr über 235.000 Personen an den Folgen von auf der Arbeit geschehenen Unfällen, Herzinfarkten oder dadurch, dass sie während ihrer Arbeit Giften oder kanzerogenen Substanzen ausgesetzt waren. Außerdem leiden über 2,5 Millionen Menschen an durch ihre Berufstätigkeit verursachten psychischen Beschwerden. 10 % aller Krankmeldungen lassen sich unmittelbar auf Stress zurückführen. Nach Angaben der spanischen Gewerkschaft UGT werden derzeit in Spanien ca. 15.000 anerkannte Berufserkrankungen geführt.

Weitere Informationen:

http://www.tt.mtin.es/periodico/ministro/200903/MIN20090318_2.htm

<http://www.institutoeuropeo.es/>